

## Der Mann, der Merkel täuschte

Warum kommt die katholische Kirche nicht aus dem Missbrauchsskandal heraus? Die Erklärung findet sich in dramatischen Tagen Anfang 2010. Wie Deutschlands oberster Bischof Robert Zollitsch eine staatliche Aufklärung vereitelte – und wie eine Entscheidung der Kanzlerin bis heute nachwirkt

VON RAOUL LÖBBERT UND GEORG LÖWISCH



Obwohl es 2010 schon Anlass gab, Zollitsch zu misstrauen, bauten Merkel und die CDU auf ihn

**D**er Mann, der in den folgenden Wochen die Aufarbeitung monströser Verbrechen verhindern wird, steht am Verkaufswagen auf dem Münsterplatz und wartet auf seine Würst. Mit oder ohne Zwiebeln, das ist die Frage, wenn man sich in Freiburg eine Münsterwurst kauft, aber in dem kurzen Film auf dem YouTube-Kanal des Erzbistums Freiburg aus dem Februar 2010 ist nicht zu erkennen, wie er sich entscheidet. Nur Würst, Wecken und Einwickelpapier sieht man. Der Mann, schwarzer Anzug, schwarzes Hemd, weißer Priesterkragen, nimmt das Essen entgegen. Er beißt ab.

Der kurze Film präsentiert einen, der bodenständig auftritt trotz seiner Position: Robert Zollitsch, damals 71 Jahre alt, Erzbischof von Freiburg, Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz. Er sagt in die Kamera, dass hier im Münster demnächst die Bischöfe aus dem ganzen Land Gottesdienste feiern werden, wenn sie erstmals ihre Vollversammlung in Freiburg abhalten. Er will glänzen in seiner Stadt. Er erzählt von der südbadischen Gastfreundschaft, von der Universität, von den Bäche, jenen kleinen Wasserläufen in der Innenstadt. Zollitsch schwärmt: »In Freiburg fängt Italien an.«

Doch in diesem Moment, im Februar 2010, rollt auf den Vorsitzenden und seine Kirche gerade ein gewaltiger Skandal zu. Schüler des katholischen Canisius-Kollegs in Berlin hatten kurz zuvor den Mut, zu enthüllen, dass sie von Jesuitenpatres sexuell missbraucht wurden. Der Rektor Pater Klaus Mertes glaubte ihnen. Es gab eine Pressekonferenz an dem Gymnasium, seither haben Menschen in ganz Deutschland berichtet, was ihnen angetan wurde: Geistliche begrapschten, quälten und vergewaltigten Kinder und Jugendliche.

Dieser Skandal türmt sich vor der Versammlung der Bischöfe in Freiburg auf wie eine Gewitterfront. Unter den Bischöfen igeln sich manche

ein, andere ärgern sich über Pater Mertes, sehen in ihm einen Nestbeschmutzer. Man will auch was tun, agieren, nicht reagieren. Der Sekretär der Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, sagt: »Wir ducken uns nicht weg, sondern wir wollen die Aufklärung.«

Aufklärung, natürlich. Die Frage ist, was man darunter versteht. Betroffene erzählen damals ihre Geschichten. Anders als vorher wird ihnen geglaubt, die Öffentlichkeit nimmt sie ernst. Nur liegt es im Februar 2010 noch jenseits der Vorstellung der Kirchenchefs, dass Außenstehende hinter die Mauern ihrer Büros schauen. Dass Fremde Personalakten sichten, Gesprächsprotokolle auswerten oder gar die besonders geheimen Giftschränke öffnen. Wer hat Taten vertuscht? Welcher Personalchef hat Täter in eine andere Pfarrei versetzt und riskiert, dass er dort weiter Kinder missbraucht? Was wusste der jeweilige Bischof? Diese Fragen müssen Kirchenhierarchen heute immer wieder beantworten – peinlich genau, auch gegenüber Gutachtern, die sie notgedrungen selbst beauftragten, erst viele Jahre später. Aber 2010 ist das Thema in Deutschland neu, auch in der Politik. »Es war einfach eine kribbelige Situation, was mit Kirchens los war«, so beschreibt die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan in der Rückschau die Stimmung.

Anfang 2010 beginnen entscheidende Tage. Mehr als 13 Jahre ist das nun her. Mehr als 13 Jahre zieht sich der Missbrauchsskandal der katholischen Kirche schon hin. Jahr um Jahr kommt Neues hoch, sexualisierte Gewalt und ihre Vertuschung werden an neuen Orten enthüllt, mit anderen handelnden Personen. Immer geht es auch darum, wie Bischöfe und ihre Mitarbeiter abwiegeln, Täter deckten oder sich nicht um Betroffene scherten. Immer wieder kommt die Frage auf, warum die Aufarbeitung so lange dauert. Wieso hat der Staat sie nicht erzwungen? Weshalb darf die Kirche die Aufarbeitung selbst in der Hand behalten?

Um neu aufzurollen, was 2010 gelaufen ist, hat Christ&Welt Bischöfe und Kirchenfunktionäre befragt sowie alle drei damals involvierten Bundesministerinnen. Zollitsch lehnte ein Interview über seinen Rechtsvertreter ab. Auch die frühere Kanzlerin Angela Merkel ließ ihre Büroleiterin absagen. Für die Recherche ausgewertet wurden Unterlagen des Kanzleramts und ein dieses Jahr erschienenes Freiburger Aufarbeitungsgutachten im Auftrag einer Kommission beim Erzbistum; dazu Pressemitteilungen, Zeitungsberichte und Fernsehsendungen. Natürlich ist der Wissensstand heute ein anderer, aber es ist eben auch die Gegenwart, die bis heute von den Ereignissen 2010 beeinflusst wird – und vom Handeln dreier Personen: Erzbischof, Kanzlerin und Justizministerin.

2010 türmt sich vor der Versammlung der Bischöfe in Freiburg ein Skandal auf wie eine Gewitterfront

Da ist Zollitsch, der Mann mit der Bratwurst, der sich gern bescheiden gibt. Er trägt oft Baskenmütze statt Bischofsmitra, hat es eigentlich nicht nötig, laut zu werden, denn er sieht sich in einer Liga mit der Kanzlerin. Er ist Erzbischof, ein Mann der Geistlichkeit, ein Hirte und Seelsorger – doch das täuscht über seine andere Rolle hinweg:

Er ist Akteur der Bundespolitik und kein unbedeutender. Wenn er im Herbst einlädt zum katholischen Sankt-Michaels-Empfang in Berlin, kommt die Kanzlerin persönlich.

Der Erzbischof gilt damals als kirchenpolitisch liberal, als seriöser Finanzfachmann; das sind ideale Voraussetzungen für den obersten Lobbyisten einer Kirche mit damals noch knapp 25 Millionen Mitgliedern und knapp fünf Milliarden Euro Einnahmen allein aus Kirchensteuern. All das macht ihn zu einem Berliner Player erster Ordnung – und, wie man heute weiß, einem Täuscher in der ersten Reihe.

Doch erst im April 2023 wird ein fast 600 Seiten langes Gutachten im Auftrag einer vom heutigen Erzbischof berufenen Kommission ergeben, dass Zollitsch reihenweise Missbrauchsfälle vertuschte und Täter heimlich versetzte, ohne sie zu bestrafen. Zunächst, von 1983 bis 2003, war er Personalreferent in Freiburg. Der damalige Erzbischof Oskar Saier ließ ihn die Missbrauchsfälle eigenständig regeln: »Robert, erledige du das!«, wird dieser im Gutachten zitiert. Weil Zollitsch 2003 Saier nachfolgte, konnte er die Vertuschung als Bischof fortsetzen. Die Gutachter werfen ihm sogar die Beseitigung von Akten vor. Sie kritisieren »weitgehende Rechtsignoranz«. Sie sehen eine »manifeste, vertuschungsgeprägte antijuridische Haltung des Erzbischofs Dr. Zollitsch im Umgang mit Missbrauchsvorwürfen gegen Kleriker.«

Nichts davon dürfte im Februar 2010 jene Frau geahnt haben, auf die Zollitsch bei seinen Manövern in den nächsten Wochen dringend angewiesen sein wird: Angela Merkel. Sie ist verwundbar, denn in dieser Zeit ist die katholische Kirche noch viel tiefer in CDU und CSU verankert als heute. Und manchmal wirkt es, als müssten sich die Parteien das C bei den Bischöfen verdienen. Die Kanzlerin, evangelische Pfarrerstochter, muss achtgeben. Im Jahr zuvor hat sie Katholiken in ihrer Partei erzürnt, weil sie Papst Benedikt unverblümt kritisiert hatte – wegen dessen Umgang mit der

ultrakonservativen Piusbruderschaft und dem Holocaust-Leugner Bischof Richard Williamson.

Merkel, die Protestantin, möchte als CDU-Chefin und Kanzlerin die Bischofskonferenz auf ihrer Seite haben. Der Katholizismus gehört zum Kohl'schen Erbe, das sie für die Union sichern muss. Und die Macht, die die Bischöfe der CDU leihen können, die will Merkel 2010 auch für sich haben. Insofern ist der Ärger um die Piusbrüder eine Irritation, ein Ausrutscher, der auch rausfällt aus der Logik der Kanzlerin: Sie schafft sich lieber Verbündete als Gegenspieler, sie moderiert Konflikte, statt Probleme zu fokussieren.

**N**icht zu diesem Stil Merkels passt die Geschichte ihrer Justizministerin in der schwarz-gelben Regierung: Die FDP-Politikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat unter Kohl einen Konflikt ausgereizt. Sie war auch da Justizministerin, ein Profi, doch als es 1995 um den Großen Lauschangriff ging, der der Polizei das Abhören von Wohnungen erlauben sollte, gab die FDP dem Drängen der Union nach. Leutheusser-Schnarrenberger trat aus Protest zurück. Sie ging den ganzen Weg. Es rumste.

2010 kommt wieder ein Moment, in dem sie Haltung zeigt angesichts der Verbrechen, die Priester an Kindern und Jugendlichen begangen haben. Leutheusser-Schnarrenberger, evangelisch, legt sich mit Zollitsch an. Doch der eskaliert den Streit, telefoniert mit der Kanzlerin und konterkariert die Pläne der Ministerin. Die Rekonstruktion von Christ&Welt ergibt, wie es Zollitsch gelungen ist, den Staat aus der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals herauszuhalten, vor und hinter den Kulissen. Erst fuhr er einen beispiellosen öffentlichen Entlastungsangriff. Dann lancierte die Bischofskonferenz mithilfe des Kanzleramts einen Runden Tisch, der ein konkurrierendes Vorhaben der

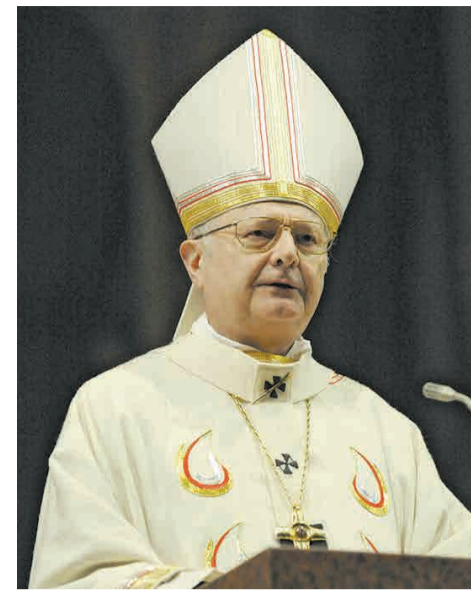
Fortsetzung auf Seite 2



Freiburger Münsterplatz: Es hätte so idyllisch sein können auf der Versammlung der Bischöfe in der Heimat ihres Vorsitzenden Zollitsch



22. Februar 2010 im Münster: Schon die Eröffnungsmesse der Versammlung wird vom Thema Missbrauch überschattet



Erzbischof Zollitsch nutzt seine Predigt, um die Opfer um Verzeihung zu bitten



Berlin, nur Stunden später: Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger wirft der Kirche mangelnden Aufklärungswillen vor

## Zollitsch will mit Merkel telefonieren – »so zeitnah wie möglich«, notiert ein Referatsleiter im Kanzleramt

Fortsetzung von Seite 1

Justizministerin verdrängte und an dem die Kirche unbehelligt von fremder Aufarbeitung blieb.

Und heute, 13 Jahre später, sagt Leutheusser-Schnarrenberger: »Die Aufarbeitung des Missbrauchs ist keine Erfolgsgeschichte.« Wie es dazu kam, soll hier rekonstruiert werden, jene Wochen, als sich entschieden hat, wie die Kirche mit der Gewitterfront umgehen würde, die auf sie zurollt vor ihrer Versammlung in Freiburg im Februar 2010.

### Die erste Entschuldigung

Montag, 22. Februar. Am Nachmittag beginnt die Vollversammlung im Hotel des Freiburger Kolpinghauses. Es ist hergerichtet für die Kirchenfürsten aus den 27 deutschen Bistümern. Der Nuntius des Papstes ist gekommen, dazu Gäste: ein Bischof aus Mali, einer aus Brasilien, einer aus Vietnam. Zu einem Studientag über die alternde Gesellschaft sind Experten geladen, ein Professor für Gerontologie und einer für Gesellschaftslehre. Frauentun bei der Versammlung nichts zur Sache, es ist eine Männerveranstaltung.

Das Kolpinghaus liegt knapp zehn Gehminuten vom Münster entfernt, wo jeden Morgen um 7.30 Uhr ein anderer Bischof die Messe feiern wird. Richtung Münster muss man die Herrenstraße hoch, an deren Ende Zollitsch wohnt. Am Nachmittag tritt der Erzbischof vor die Kameras. Er spricht den Missbrauchsskandal an: »Ich entschuldige mich im Namen der katholischen Kirche in Deutschland bei allen, die Opfer eines solchen Verbrechens geworden sind.«

Am Abend dann steht Zollitsch im Münster vor mehreren Hundert Christinnen und Christen. Domsingknaben, Mädchenkantorei, Domchor und Domkapelle tragen die »Missa concertata für acht Stimmen« von Johann Bann vor, ein Komponist, der im 17. Jahrhundert in Mefskirch lebte. Die Missa ist für zwei Chöre komponiert, prächtig, strahlend, barock. Als Zollitsch predigt, sagt er, der Herr wisse um die Grenzen der Menschen. Die Kirche: auf Menschen gebaut mit Fehlern und Schwächen. »Vertrauen wurde auf abscheuliche Weise missbraucht und zerstört. Wir sind erschüttert über das Verhalten von Kirchenvertretern und Erziehern. Wir leiden mit den Opfern, die wir um Verzeihung bitten.«

Zollitsch erfindet in diesem Moment für die deutschen Kleriker das, was sich bis heute wiederholen wird: die katholische Pauschalentschuldigung. Bischöfe bitten allgemein um Verzeihung. Meist geht es um eine Gesamtheit von Taten, seltener um konkrete Fälle. Sie sagen gern »wir« und ungern »ich«. Das Wort »erschüttert« kam ins Repertoire. Dagegen erscheint das Wort »Rücktritt« den Bischöfen noch auf Jahre hin absurd.

### Das Interview

Am selben Abend bereitet sich in Berlin die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf ein Interview mit den »tagesthemen« vor. Sie wird sich noch 13 Jahre später daran erinnern: »Die Grundfrage in diesem Moment war: Ist angesichts dieser Verbrechen der Staat gefordert? Und ich habe gesagt: Ja.« Der Missbrauchsskandal der Kirche beschäftigt die FDP-Politikerin, seit die Canisius-Schüler wenige Wochen zuvor die Verbrechen offenbart haben. Sie hat mit ihren Beamten das Thema durchgesprochen. Sie kennt die internen Leitlinien der katholischen Kirche, die Zollitsch noch am Nachmittag in Freiburg gelobt hat. Sie sieht diese Regeln kritisch. Denn dort steht, dass die Kirche nur bei »erwiesenen« Taten die Staatsanwaltschaft einschalten soll. Erwiesene Taten? Wie soll das geklärt werden, wo doch eigentlich staatliche Gerichte entscheiden, was erwiesen ist? Zwar schreibt das Gesetz keine Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch vor. Aber den Punkt möchte die Ministerin schon machen: dass es nicht ins beliebige Ermessen der Kirche gestellt ist, wie mit einem Missbrauchsfall umzugehen ist.

»Frau Leutheusser-Schnarrenberger«, Caren Miosga legt den Kopf kurz schief, während sie ansetzt: »Wenn Sie sich das ganze Ausmaß dieser

Missbräuche anschauen, die hinter Kirchenmauern jahrzehntlang vertuscht wurden, ohne dass der Staat eingreifen konnte, wie hilflos fühlt sich da eigentlich eine Bundesjustizministerin?« Die Ministerin benutzt erst einmal selbst das Wort, das vor wenigen Stunden Zollitsch gebraucht hat: »Erschütternd.« Es stehe zu befürchten, dass viele der Missbrauchsfälle strafrechtlich verjährt seien. Sie spricht über Betroffene: Die Taten könnten ihr ganzes Leben zerstört haben. »Und das macht auch etwas hilflos.«

Dann wird Leutheusser-Schnarrenberger deutlich: »Bisher war jedenfalls nicht der Eindruck da und ist auch durch nichts gefestigt worden, dass bei auch nur dem Verdacht auf Missbrauch hier die Verantwortlichen der katholischen Kirche mit den Strafverfolgungsbehörden konstruktiv zusammenarbeiten. Es ist leider bisher nicht ersichtlich, dass sie ein aktives Interesse an wirklich rückhaltloser und lückenloser Aufklärung gezeigt haben.« Sie spricht etwas langsamer, wirkt dadurch streng. »Und ich erwarte: dass die Verantwortlichen der katholischen Kirche endlich konstruktiv mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten, Hinweise geben, mit aufklären.«

Matthias Katsch sieht das Interview im Fernsehen. Er arbeitet zu dieser Zeit als Managementtrainer, 47 Jahre alt, lebt in Offenburg. Und er ist einer der ehemaligen Schüler des Canisius-Kollegs, die sich vor wenigen Wochen erst an die Verantwortlichen des Jesuitenordens, dann an die Presse gewandt haben. Ein Pater versuchte ihn zu missbrauchen, ein zweiter verging sich an ihm. In den ersten Wochen nach der Pressekonferenz an seiner Schule hat er gespürt, was er und seine Mitschüler losgetreten haben, wie der Skandal bundesweite Dimensionen annimmt. Überall fliegen Verbrechen auf. Kloster Ettal. Bonner Aloisiuskolleg. Aber er hat auch gemerkt, wie schwer sich die Politik tut, sie wirkt sprachlos, überfordert, auch die SPD, in der er Mitglied ist. Und dann sitzt er an diesem Montagabend vor dem Fernseher, er sagt sich: »Holla, das ist ja mal ein Statement!«

In den »tagesthemen« verlangt die Ministerin andere innerkirchliche Richtlinien. Im Interesse der Opfer, deren Fälle verjährt sind, schlägt sie die Aufarbeitung an einem Runden Tisch vor. »Damit hat man ja auch in Irland ganz gute Erfahrungen gemacht.« Das legt nahe: Der irische Weg kann auch ein Weg für Deutschland werden.

In Irland hatte ein Fernsehbeitrag über Missbrauchsfälle in Dublin bereits 2002 das Land schockiert. Der irische Justizminister beauftragte eine Kommission, die Fälle aufzuarbeiten. Genau so hielt es die Regierung, als in weiteren Bistümern Verbrechen herauskamen. Tausende Betroffene erzählten ihre Geschichte vor Kommissionen, Kirchenhierarchen wurden damit konfrontiert, Unterlagen gesichtet. Bis 2010 waren schon einige Untersuchungsberichte erschienen. Ferns-Report, Ryan-Report, Murphy-Report. Oft werden Vergleiche gezogen zu den Wahrheitskommissionen, die in Südamerika und anderswo die Verbrechen der Militärjuntas aufgearbeitet hatten – ein Neuanfang wurde möglich.

### Die Attacke

Dienstag, 23. Februar. Zweiter Tag der Versammlung in Freiburg. Zollitsch verlangt eine Abschrift des Interview-Wortlauts. Er spricht mit anderen Bischöfen, er berät sich mit seinem Stab: Pater Langendörfer, der Sekretär der Bischofskonferenz, und Matthias Kopp, der Pressesprecher. Um 13 Uhr kommen eh die Journalisten, da ist eine Pressekonferenz angesetzt, bei der es eigentlich um den Afghanistan-Einsatz gehen soll.

Um 12.12 Uhr trifft im Kanzleramt in Berlin ein Fax aus Freiburg ein. Der Unterzeichner ist Robert Zollitsch. »Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Frau Bundesministerin der Justiz hat gestern Abend im »tagesthemen«-Interview mittels falscher Tatsachenbehauptungen maßlos gegen die katholische Kirche polemisiert. Mein Schreiben an Frau Dr. Leutheusser-Schnarrenberger leite ich Ihnen zur Kenntnis zu.«

Zollitsch, Kopp und einige Bischöfe kommen zur Pressekonferenz. Der Vorsitzende liest sein Statement ab, regelmäßig schaut er auf. »Falsche

Tatsachenbehauptungen«, »gegen unsere katholische Kirche«, »maßlos polemisiert«. Er lädt das Interview historisch auf: »Ich erinnere mich keines zweiten Medienbeitrags eines Regierungsmitglieds der Bundesrepublik, der eine ähnlich schwerwiegende Attacke gegen die katholische Kirche in Deutschland dargestellt hätte.« Er gibt dem Statement eine juristische Note: Medienrechtliche Begriffe wie »Tatsachenbehauptungen«, »Richtigstellung« haben im politischen Streit auf Bundesebene Seltenheitswert. Er wundere sich, dass die Bundesjustizministerin »undifferenziert emotional Stellung nimmt, und ich habe diese Fakten der Ministerin auch geschrieben und erwarte von ihr, dass sie die unwahren Passagen des Interviews innerhalb von 24 Stunden auch wirklich richtigstellt.«

Das Ultimatum stellt er auch im Schreiben an Leutheusser-Schnarrenberger. Er habe doch bei

der Eröffnung der Bischofskonferenz herausgestellt, dass die staatlichen Behörden so schnell wie möglich eingeschaltet würden. Die Staatsanwaltschaften erhielten alle möglichen Einblicke. »Sie verdrehen auf schlimme Weise die Wahrheit, wenn Sie suggerieren, die Kirche entziehe sich den rechtsstaatlichen Verfahren.«

Zollitsch eskaliert den Streit maximal: Justizministerin gegen Kirche, so geht seine Erzählung. Seine Fakten gegen ihre Emotionen. Wahrheit gegen Fälschung. Er verlangt ein Telefonat mit der Kanzlerin.

Wer zu Angela Merkel vorgelassen wird, das regelt Beate Baumann, ihre Büroleiterin. Was zum Teufel ist das? Im Bundeskanzleramt für die Kirchen zuständig ist das Referat 333. Purer Zufall, die Nummer erinnert an die Schlacht bei Issos, wo Alexander der Große 333 vor Christus die Perser schlug. Dagegen wirkt der handschriftliche Vermerk des Referatsleiters Rudolf Teuwsen friedlich: Er empfiehlt, auf die Bitte um ein Telefonat einzugehen – die Kanzlerin könne beruhigen und anregen, dass die Bischöfe auf die Bundesjustizministerin mit einem Gesprächsangebot zugehen. Dass hier eine Keilerei im Gange ist, verkennt der Ministerialrat allerdings keineswegs: Er gibt das Drängeln des Erzbischofs wieder, Zollitsch sei »offenbar sehr daran gelegen«, dass das Telefonat mit der Kanzlerin »so zeitnah wie möglich« zustande komme, »eher heute als morgen«. Kanzleramtsdeutsch für: Es gibt Stress.

Und: »Die inhaltliche Klage der Bischöfe gegen die BMJ rechtfertigt m. E. die öffentliche Attacke nicht so ganz.«

In Freiburg präsentiert Zollitsch sich als Opfer einer Attacke der Justizministerin. Doch der Referatsleiter im Kanzleramt stellt fest, dass hier andere eine Attacke reiten: der Vorsitzende und seine Bischöfe.

Am Abend, als Merkel sie anruft, tritt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Hamburger Hotel Atlantic bei einer FDP-Veranstaltung auf. Die Justizministerin hat am Nachmittag schon Medienberichte über das Statement der Bischöfe bekommen, Zollitschs Fax kennt sie da noch nicht. Doch noch 13 Jahre später wird sie sagen, dass sie so eine Attacke nie erlebt hat. Nicht vorher, nicht hinterher. »Die Worte waren harsch, sie waren auf mich persönlich bezogen, obwohl ich die Kirche allgemein angesprochen hatte«, sagt sie später. »Ich habe niemandem persönlich sexuellen Missbrauch vorgeworfen. Und trotzdem hat er mich prompt als Lügnerin aussehen lassen.«

Ein Bischof, der in Freiburg dabei war, aber nicht genannt werden möchte, weil Indiskretionen unter Bischöfen Ärger einbringen, sagt: »Vom Typ her hatte Zollitsch was Lehrerhaftes. Lehrer müssen sich durchsetzen, sonst haben sie verloren. Das Interview der Ministerin war in Zollitschs Bewertung eine glatte Sechse. Und der Grund, die Eltern einzustellen. Da wurde Frau Merkel herbeigerufen, damit sie sagt: Sabine, pack den Ranzen neu.«

Leutheusser-Schnarrenberger resümiert heute, Merkel habe sich angemessen verhalten. Sie habe sich schildern lassen, wie die Ministerin die Sache sieht. Die Ministerin versprach, mit Zollitsch ein Gespräch zu führen. »Sie hat nicht gesagt: Erfüllen Sie mal ganz schnell das Ultimatum.«

### Die Wagenburg

Mittwoch, 24. Februar. Der Freiburger Domdekan Wolfgang Sauer ist während der Vollversammlung so etwas wie der Fremdenführer für die angereisten Exzellenzen. Frühmorgens geleitet er Joachim Reinelt ins Münster, den Bischof von Dresden-Meißen, der dort um 7.30 Uhr die Messe zelebrieren wird. »In der Sakristei trafen wir auf Zollitsch«, berichtet Sauer heute. »Der Erzbischof, sichtlich verärgert über das Interview von Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger: Ich zeig sie an!«

Ebenfalls am Mittwochmorgen gibt Leutheusser-Schnarrenberger schon wieder ein Interview, diesmal im Deutschlandradio Kultur. Sie ist eine Spur freundlicher, aber beharrt darauf, dass die Kirche beschuldigte Priester nicht bloß bei erwiesenen Taten zur Selbstanzüge auffordern soll. Die kirchlichen Leitlinien müssten geändert werden. Und sie lenkt den Blick auf die Betroffenen, die

vor vielen Jahren missbraucht wurden: »Was kann man heute noch für sie tun, unabhängig auch von Strafverfolgung?« Leutheusser-Schnarrenbergers Idee ist ein Runder Tisch, bei dem Betroffene und Verantwortliche der katholischen Kirche aufeinandertreffen – zusammen mit unabhängigen Dritten. Sie verweist abermals aufs Ausland.

Gut zwei Wochen später wird ein Sprecher von Leutheusser-Schnarrenberger ihren Ansatz »eine Brücke zwischen den Opfern und der katholischen Kirche« nennen. »Und zwar genau für Fälle, in denen wegen Verjährung die rechtliche Aufarbeitung nicht mehr möglich ist.« Im Klartext: Der Staat sorgt für die Aufarbeitung der Verbrechen unter dem Dach der Kirche. Es wäre die deutsche Variante des irischen Wegs.

Am Mittag in Berlin während der Bundespresskonferenz verrät Regierungssprecher Ulrich Wilhelm nicht, was die Kanzlerin mit Zollitsch und Leutheusser-Schnarrenberger am Telefon besprochen hat. Sie begrüße, dass Bischöfe und Justizministerin zu einem Gespräch bereit seien. Sie habe »keine Zweifel, dass die Bischöfe das Thema ernsthaft und gründlich bearbeiten und dabei auch die Opfer im Blick haben.«

Am späten Mittwochnachmittag wendet sich das Scheinwerferlicht plötzlich ab. Die Nachricht des Tages kommt aus der anderen Kirche. Margot Käßmann, Landesbischofin und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, gibt in Hannover ihre Ämter ab. Sie zieht die Konsequenzen daraus, dass sie kurz vorher betrunken am Steuer erwisch worden ist. 1,54 Promille. Es wird ein Rücktritt in Rekordzeit. »Mir geht es neben dem Amt auch um Respekt und Achtung vor mir selbst und um meine Gradlinigkeit, die mir viel bedeutet«, sagt Käßmann.

In Freiburg baut sich Zollitsch hingegen eine Wagenburg. Ein Bischof sagt heute, viele Mitbrüder in Freiburg hätten es richtig gefunden, sich nicht von der Regierung in die Ecke stellen zu lassen. Ein anderer Bischof soll hinterher gefrotzelt haben, der Vorsitzende hätte genauso gut vorschlagen können, Messdiener als berittene Polizei gen Berlin zu schicken – die anderen Bischöfe hätten auch das beschlossen.

Donnerstag, 25. Februar, vierter und letzter Tag der Bischofsversammlung. »Sehr geehrter Herr Erzbischof Zollitsch«, beginnt das Fax aus Berlin, das in Freiburg eintrifft, »als Bundesministerin der Justiz ist es meine Aufgabe, nicht nur für die Durchsetzung des Gewaltmonopols und Strafanspruchs des Staates, sondern auch für die Einheit der staatlichen Rechtsordnung zu sorgen.« Leutheusser-Schnarrenbergers Antwort ist sachlich gehalten. Sie zitiert die geltenden Leitlinien, fordert deren Veränderung. Sie wirbt für einen Runden Tisch zur Aufarbeitung, erklärt sich zum Dialog bereit. In einem Satz erwähnt sie die Direktive der römischen Glaubenskongregation von 2001 zum Umgang mit schwerwiegenden Straftaten. Der Satz kommt aus dem Nichts. Und Leutheusser-Schnarrenberger kann nicht wissen, was sie da anspricht. Der Vatikan schreibt seit damals vor, dass Bischöfe jeden Missbrauchsfall nach Rom melden müssen, sofern die Anschuldigung nicht von vornherein unplausibel erscheint. 13 Jahre später wird das Freiburger Gutachten ergeben: Zollitsch hat dem Vatikan bis kurz vor Ende seiner Amtszeit als Erzbischof keinen einzigen Fall angezeigt, um in Rom gut dazustehen. Was mag er gedacht haben, als er an jenem Donnerstag Leutheusser-Schnarrenbergers Fax las?

In Berlin regieren CDU, CSU und FDP. Von den Koalitionspartnern her bläst der Justizministerin der Wind schneidend ins Gesicht. Die halbe Union hat Interviews gegeben. Bundesbildungsministerin Schavan sagt, die Kirche sei »längst beschäftigt« gewesen mit der Klärung, als sich ihre Kabinettskollegin geäußert habe. Da sie Diskretion als Tugend manchmal besser, als »wenn jeder da noch mal eine Minute und 30 Sekunden im Fernsehen drüber schwadronieren muss«. Der Fraktionsvize im Bundestag, Günter Krings (CDU), äußert: »Ich kann nicht erkennen, dass die Kirche sich bei der Aufklärung der Missbrauchsfälle ungebührliche Verzögerungen vorwerfen lassen muss.« Sein CSU-Kollege Stephan Mayer wirft der FDP-Politikerin Respektlosigkeit

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, FDP, früher Bundesjustizministerin



### Die Debatte 2010

»Ich fand meinen Ton nicht besonders scharf. Es gab immerhin schon eine drei Wochen anhaltende öffentliche Debatte. Es ging um Kinder. Das Leben von vielen war zerstört. Sie haben gelitten, hatten es später schwer, einen Beruf auszuüben. Ich wollte, dass die Betroffenen und auch deren Eltern wissen: Der Staat lässt die Kirche nicht einfach machen. Nur wenn man den Verbrechen nachgeht, kann man am Ende auch Verantwortliche benennen.«

### Ihr Konzept

»Wenn man einen Sachverhalt aufklärt innerhalb einer Institution, braucht man auch eine Kooperationsbereitschaft, muss möglicherweise Befragungen vornehmen, braucht Aussagen und Erklärungen, wer wann wo für was verantwortlich ist. Diese Aufklärung wäre sonst nur möglich gewesen mit Ermittlungsverfahren und richterlichen Beschlüssen, aber sehr viele Taten waren damals längst verjährt. Deshalb hatten wir die Idee einer Aufarbeitung an einem Runden Tisch.«

### Resümee

»2013 endete meine Amtszeit, die FDP ist aus dem Bundestag geflogen. Von 2010 bis heute hat sich viel getan, aber nicht genug. Die Aufarbeitung des Missbrauchs ist keine Erfolgsgeschichte. Wahrscheinlich hätte es stärkeren Nachdrucks vonseiten der Politik insgesamt bedurft. Sie hätte noch mehr Gewicht auf dieses Thema legen sollen. Wenn solche Vorwürfe da sind wie bei der Kirche, muss man so schonungslos wie möglich damit umgehen. Inzwischen sind Untersuchungsberichte in etlichen Diözesen vorgelegt worden, die gezeigt haben: Ich lag damals leider genau richtig.«



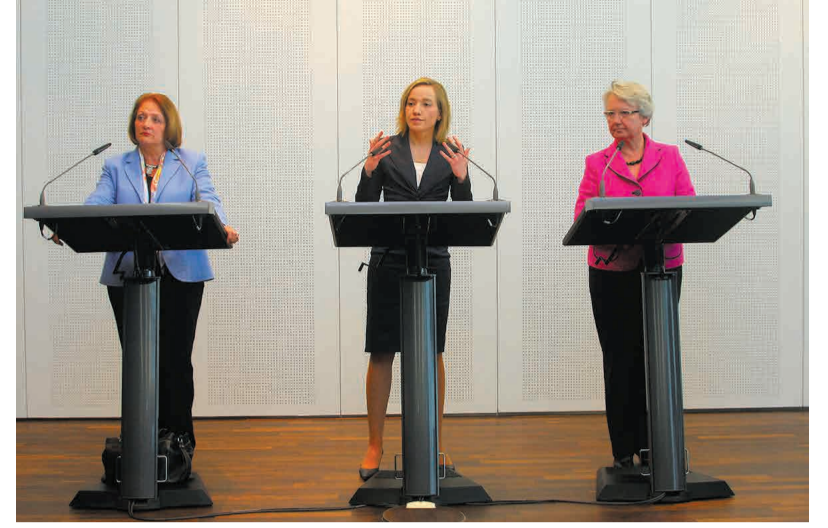
Karl Jüsten pflegt für die Kirche ein Kontaktnetz in Berlin. Seinen Plan für den Umgang mit dem Skandal lanciert er direkt ins Kanzleramt



In Oberharmersbach missbrauchte ein Priester jahrelang Messdiener



Matthias Katsch wurde am Berliner Canisius-Kolleg missbraucht. Die Fälle dort brachten 2010 den Skandal ins Rollen



Drei Bundesministerinnen starten im April 2010 den Runden Tisch in der Form, wie ihn die katholische Kirche wollte

# Während Zollitsch zu Hause in den Verdacht gerät, vertuscht zu haben, geht seine Strategie in Berlin voll auf

vor; ihre Unterstellung, der Kirche liege nichts an der Aufklärung schwerster Straftaten, gehe »völlig an der Wirklichkeit vorbei«.

In Freiburg wollen die Bischöfe auch etwas Vorzeigbares tun. Sie wählen den jungen Trierer Bischof Stephan Ackermann zum Sonderbeauftragten. Eine Hotline für Betroffene soll eingerichtet werden. Intern will man sich einen Überblick verschaffen, wohl auch, um Leutheusser-Schnarrenbergers Vorwürfe zu widerlegen. Sekretär Langendörfer schreibt mit Datum vom 25. Februar an alle 27 Bistümer. Er bittet »wie vereinbart«, kurzfristig Angaben zur Verfügung zu stellen, das und wie die Bischöfe staatliche Behörden in Fällen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger durch Geistliche und kirchliche Mitarbeiter unterstützt haben. Zwölf Jahre später ergibt das Freiburger Gutachten: Ausgerechnet Zollitschs eigenes Erzbistum hat die Anfrage nie beantwortet.

Im Abschlussstatement der Vollversammlung erklärt Zollitsch: »Die falschen Behauptungen der Bundesjustizministerin am Montag dieser Woche in den ARD-tagesthemen« waren schwere Vorwürfe gegen uns.« Er begrüßt die Entwicklung hin zu einer Verständigung. Die Bischofskonferenz stehe im Kontakt mit dem Ministerbüro.

## Der Draht ins Kanzleramt

Der Kontakt zum Ministerbüro heißt Karl Jüsten. Er ist Priester, sein Titel: Prälater. Zu diesem Zeitpunkt leitet er das sogenannte Katholische Büro in Berlin. Seit zehn Jahren webt er damals an seinem Berliner Netz. Er macht den Job bis heute. Jüstens Aufgabe ist es, den Einfluss der Kirche auf Regierung und Parlament zu sichern, er arbeitet geräuschlos, ein virtuose des politischen Lobbyismus. Zollitschs Attacke gegen die Justizministerin dagegen ist laut. Jüsten telefoniert, versucht beide Seiten zu beruhigen. »Ich war baff«, sagt er heute. »Ich dachte: Leutheusser-Schnarrenbergers Interview ist scharf, aber sie hatte mehr recht als unrecht. Die Bischöfe haben im Grunde geantwortet: Wir sind sauber. Ich war früher lang genug Personaldezernent in Köln, um zu wissen, dass das vollmundig ist.«

## Römische Untersuchung

Der Vatikan führt ein kirchenrechtliches Verfahren gegen den Freiburger Alterzbischof und ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch. Das bestätigte Zollitschs Rechtsvertreter und Sprecher Marco Mansdörfer Christ & Welt. »Bei dem laufenden kirchenrechtlichen Verfahren handelt es sich lediglich um ein Vorverfahren zu einem Disziplinarverfahren«, teilte Mansdörfer mit. Auf die Frage, ob der Erzbischof befragt worden sei, sagte er: »Insoweit bestehen Mitwirkungspflichten, denen Herr Doktor Zollitsch selbstverständlich nachgekommen ist.« Im Übrigen seien die Verfahrensbeiträgen zum Stillschweigen verpflichtet.

In Freiburg wurde im April ein Aufarbeitungsgutachten vorgelegt. Erstellt haben es vier pensionierte Juristen und Kripobeamtete, die von einer Aufarbeitungskommission beauftragt wurden, die wiederum der heutige Erzbischof Stephan Burger berufen hat. Die Gutachter werfen Zollitsch Vertuschung von sexuellem Missbrauch vor. Insbesondere habe er es unterlassen, dem Vatikan Priester zu melden, die beschuldigt wurden, Kindern sexualisierte Gewalt angetan zu haben. Er habe in Rom gut dastehen wollen. Doch nach dem Kirchenrecht müssen Bischöfe Missbrauchsfälle dem Vatikan melden. Noch vor Veröffentlichung des Gutachtens hatte sein Nachfolger Burger die vatikanische Behörde für Bischöfe in Rom um eine Prüfung gebeten. Seither habe man keine Nachricht erhalten, erklärte Burgers Pressestelle auf Nachfrage.

Spätabends – der genaue Tag lässt sich nicht mehr rekonstruieren – wählt der Prälater die Handynummer des Kanzleramtsministers. Ronald Pofalla ist evangelisch, aber in einer katholischen Gemeinde aufgewachsen. Jüsten und er kennen sich lange. Was er davon halte, wenn Kristina Schröder, die Bundesfamilienministerin, einen nationalen Runden Tisch fordere, fragt er den CDU-Politiker. Viele gesellschaftliche Bereiche sollen vertreten sein, Verbände und Institutionen, nicht nur die katholische Kirche. Schröder ist Christdemokratin, evangelisch, ganz neu im Kabinett, die Jüngste. Der Kanzleramtsminister findet den Vorschlag gut. Beide Beteiligten bestätigen heute den Vorgang. Jüsten meldet sich daraufhin direkt bei einem Staatssekretär von Schröder, wie er sich erinnert.

Die frappierende Nähe zwischen Kirche und Staat – in der Person von Jüsten zeigt sie sich. Annette Schavan, die Bildungsministerin von der CDU, soll ebenfalls an den Runden Tisch kommen. Sexueller Missbrauch ist ja auch eine Forschungsfrage, es gibt ihn in Bildungseinrichtungen. So irgendwie. Vor allem aber hat Schavan Gewicht: Die Katholikin wurde später Merkels Botschafterin im Vatikan, 2010 in Berlin ist sie Merkels Katholisch-Dolmetscherin. Schavan soll Teil des Unternehmens werden, das die Bischöfe vor Leutheusser-Schnarrenbergers Vorstoß bewahren soll.

Der Ansatz dieses großen Runden Tisches verfolgt ein wichtiges Ziel: neuen Verbrechen vorzubeugen. Und es stimmt ja, dass sexueller Missbrauch nicht nur in der Kirche stattfindet und bekämpft werden muss. Zugleich ist ein Nachdenken über Prävention für die Bischöfe weitaus komfortabler als eine Aufklärungskommission, die ihre Versäumnisse zutage fördern könnte. Für die Zukunft kann man sich viel vornehmen, Vergangenheit tut weh. Und wenn auf alle geschaut werden muss, wird der Blick auf die Kirche niemals so scharf gestellt. So gesehen ist Schröders Runder Tisch Zollitschs Runder Tisch. Ein Gegenentwurf zu Leutheusser-Schnarrenberger.

Sonntag, 28. Februar. In der »Welt am Sonntag« erscheint ein großes Interview mit Zollitsch. Darin lehnt er einen Runden Tisch speziell für die katholische Kirche ab. Stattdessen bringt er erstmals das Gegenkonzept ins Spiel: »Wenn die Ministerin einen Runden Tisch für alle gesellschaftlich relevanten Gruppen einrichtet, sind wir natürlich dabei.«

Montag, 8. März. Familienministerin Kristina Schröder lädt zu einem Runden Tisch ein. Wie das Familienministerium bekannt gibt, soll das Gremium unter Beteiligung von Bildungsministerin Schavan zum ersten Mal am 23. April tagen. Von Leutheusser-Schnarrenberger ist überhaupt nicht die Rede. Vertreter der Familienverbände, der Schulen, beider großer Kirchen, der freien Wohlfahrtspflege, der Ärzteschaft und der Politik sollen dabei Selbstverpflichtungen und Verhaltensregeln erarbeiten. Kinder und Jugendliche sollen behutsam sensibilisiert werden, damit sie Missbrauch erkennen und klar benennen können. Ein dritter Schritt soll die »flächendeckende Sensibilisierung« von Fachkräften sowie von Eltern und Erziehungsberechtigten sein.

Der neue Missbrauchsbeauftragte der Kirche, Bischof Ackermann, erklärt: »Ich bin dankbar für die Initiative der Bundesministerin.«

Dienstag, 9. März. Ein Runder Tisch ohne die Justizministerin? Die FDP-Bundestagsfraktion kritisiert eine Brückierung von Leutheusser-Schnarrenberger. Netzwerker Jüsten sieht, dass seine Strategie greift. Nun geht er auch mal in die Öffentlichkeit. Im Kölner Domradio kritisiert er die Justizministerin. Deren Runder Tisch speziell für Missbrauch in katholischen Einrichtungen? Sei nun obsolet. Und das Gespräch mit Zollitsch solle »die Frau Ministerin« endlich mal in Gang bringen.

Donnerstag, 11. März. Leutheusser-Schnarrenberger tritt bei »Maybrit Illner« auf. In der ZDF-Sendung versucht sie ihren Runden Tisch zu retten. Der andere Tisch von Schröder und Schavan werde sich ausdrücklich nicht damit befassen, was für »die Opfer von Missbrauch aus der Vergangenheit« getan werden könne. Ihrer hingegen sei dazu da, Opfern ein Stück Gerechtigkeitsgefühl zu vermitteln, wo wegen der Verjährung strafrechtlich nichts mehr passiert. Der Ministerin geht es nicht um das eine oder andere Gesprächsformat: Sie kämpft nicht um irgendwelche Tische, es geht um

Annette Schavan, CDU, früherer Bundesbildungsministerin



## Kirche und CDU

»Die Kirche hat uns immer erklärt, was wir zu tun haben. Sie waren überzeugt, mit ihren Forderungen auf der Seite des Guten und Wahren zu stehen. Stammzellforschung und Schwangerenberatung sind gute Beispiele, bei denen sogar die Ökumene auf Spiel gesetzt wurde. Deshalb gab es 2010 auch keine Selbstkritik und auch keinen professionellen Umgang mit den Vorwürfen. Die Bischöfe und ihre Präläten haben nicht mal die Traute gehabt, jemandem wie mir zu sagen: »Pater Merles hat recht, da ist noch viel mehr. Wir müssen jetzt einen Weg finden.«

## Der Runde Tisch

»Aus der Perspektive der Regierung war klar, es braucht eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung. Ein Dialog zwischen Kirche und Regierung ist zu wenig und erweckt den Eindruck, wir wollten die Kirche an den Pranger stellen.«

## Resümee

»Es hätte ganz klar eine gemeinsame Aufarbeitung in allen Bistümern nach den gleichen Kriterien gebraucht. Stattdessen wird Scheibchen für Scheibchen aufgearbeitet. Geredet wird über das, was jeweils veröffentlicht wird. Es wirkt wuschelig, eine never-ending Story. Sie wollten damals die Aufarbeitung selbst in die Hand nehmen, haben sich jede Einmischung verboten und sich um ihre Autorität gebracht. Dass sich Erzbischof Zollitsch in Wirklichkeit selbst allen Regeln widersetzt hat, das weiß ich erst heute. Immerhin hat er sich für seinen Umgang mit Missbrauch entschuldigt. Im Nachhinein frage ich mich: Wie ist es möglich, dass niemand im Umfeld eines Bischofs mitbekommt, wie er vorgeht und entscheidet? So kann eine Institution nicht geführt werden. Dazu höre ich bislang nichts. Ich glaube es auch längst nicht mehr. Mein Vertrauen ist schwer lädiert.«

eine Richtungsentscheidung, die noch auf Jahre hinaus Auswirkungen haben wird.

Freitag, 12. März. Familienministerin Schröder kontert in der »Financial Times Deutschland«. Missbrauch sei nicht nur ein Thema der Kirchen. »Deshalb sollten wir sie auch nicht einseitig an den Pranger stellen.« Heute, mehr als 13 Jahre später, sagt Schröder: »Ich hatte damals den Eindruck, dass Leutheusser-Schnarrenberger das Missbrauchsthema benutzt, um die Stellung der katholischen Kirche anzugreifen.«

Vor der Bundespressekonferenz spricht eine Regierungssprecherin von zwei Runden Tischen, einer für Aufarbeitung, einer für Prävention. Die

beiden Konzepte stehen sich gegenüber. Vielen ist das schon klar: Es kann nur einen geben.

Zollitsch ist an diesem Freitag in Rom, Benedikt XVI. empfängt ihn um die Mittagszeit. Anschließend berichtet Zollitsch der Presse, der Papst habe ihn ermutigt, mit seiner Aufklärungsarbeit weiterzumachen. Der Erzbischof sagt: »Wir wollen die Wahrheit aufdecken und eine ehrliche Aufklärung, frei von falscher Rücksichtnahme, auch wenn uns Vorfälle gemeldet werden, die schon lange zurückliegen. Die Opfer haben ein Recht darauf.« Er bedankt sich von Rom aus bei Schavan und Schröder für die Einladung zum Runden Tisch. Gut, das Problem anzugehen, »nicht zuletzt auch im Blick auf mögliche Präventionsmaßnahmen«. Zollitsch sichert sich sogar das Copyright auf das Konzept: »Diesen großen Runden Tisch hatte ich in einem Zeitungsinterview vor zwei Wochen angeregt.«

Sonntag, 14. März. Der Vatikan weist die Vertuschung von Papst Benedikt in einen Vertuschungsfall aus dessen Zeit als Münchner Erzbischof Rattinger zurück. 1980 war ein Priester vom Bistum Essen nach Bayern gekommen – ein Missbrauchspriester, der sich später mehrfach wieder an Jungen verging. Seit Freitag schwelt der Fall, die »Süddeutsche Zeitung« hat groß berichtet, sogar die »New York Times« steigt später ein. Rattingers früherer Stellvertreter in München nimmt damals den Fehler auf sich. Spätestens jetzt hat der deutsche Missbrauchsskandal die Weltkirche erreicht.

## Merkels Rede

Montag, 15. März. Vor der Bundespressekonferenz in Berlin sagt ein Regierungssprecher, Merkel begrüße es als gutes Zeichen, dass Zollitsch für die Aufarbeitung der Fälle in Deutschland die Rückendeckung des Heiligen Vaters habe. »Sie ist zufrieden mit der Botschaft, die Erzbischof Robert Zollitsch aus dem Vatikan mitgebracht hat.« Merkel sei zugleich der Hinweis wichtig, dass es beim Thema Kindesmissbrauch nicht nur um die katholische Kirche gehe, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Es ist ein Signal gegen das Konzept der Justizministerin.

Mittwoch, 17. März. In der Generaldebatte im Bundestag zum Haushalt schlägt die Kanzlerin den großen Bogen. Kreditversorgung des Mittelstands, höhere Bildungsausgaben, Pflege. Nach einer halben Stunde erklärt sie: »Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas sagen zu den schrecklichen Fällen, die wir jeden Tag über sexuellen Missbrauch hören und von denen wir erfahren.« Es gebe nur eine Möglichkeit, dass die Gesellschaft damit klarkomme: »Wahrheit und Klarheit über alles, was passiert ist.« Das Leben von Menschen, die so etwas erlebt haben, verlaufe anders. »Das begleitet sie ein ganzes Leben.«

Dann verkündet Merkel ihre Entscheidung. Es erbe keinen Sinn, sich auf den katholischen Bereich zu beschränken. »Es ist etwas, was sich in vielen Bereichen der Gesellschaft ereignet hat«, sagt sie. »Deshalb bin ich froh, dass die drei Ministerinnen Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Kristina Schröder und Annette Schavan gemeinsam ein Gesprächsforum bilden – mit den Betroffenen und denjenigen, von denen diese Fälle bekannt werden. Und dass man sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft blickt.«

Der Runde Tisch für die Katholiken, den die Justizministerin wollte, ist abgeblockt. Leutheusser-Schnarrenberger darf bei den beiden anderen mitspielen, sie wird eingegliedert. Ihr eigenes Projekt ist tot.

Matthias Katsch, der Betroffene von Canisius, ist damals beeindruckt von Merkel, weil sie das Thema im Bundestag aufgreift. Verbal stellt sich die Kanzlerin auf die Seite der Betroffenen. Aber er weiß auch, was die Entscheidung bedeutete: »Die kecke liberale Justizministerin wurde schwarz eingearbeitet, der Konflikt an einem Runden Tisch eingeeignet, ohne ihn zu lösen«, sagt er heute. Letztlich habe sich Merkel nicht getraut, sich klar gegenüber der Kirche zu positionieren. »Und das ist die Krux mit Staat und Politik bis heute.«

Auseinandersetzungen nur zu moderieren, passt zu Merkel. Vielleicht will sie auch einfach dem Abgrund von Missbrauch und Vertuschung nicht zu nah kommen. Vielleicht lässt die Politik

aus purem Eigeninteresse die Kirche machen. Sie schützt sich. Dabei geht Merkels Rede im Grunde recht weit. Was eine Kanzlerin vor dem Parlament sagt, ist keine Forderung, sondern ein Versprechen: Wahrheit und Klarheit. Die Betroffenen auf Augenhöhe. Zukunft und Vergangenheit, was Prävention bedeutet, aber eben auch Aufarbeitung. Was davon wird eingelöst werden?

## Zollitschs Fall

Samstag, 20. März. In Freiburg erscheint die »Badische Zeitung« mit einer Exklusivmeldung auf Seite 1: »Missbrauch unter Zollitsch«. Autor ist der damalige Politikchef und heutige Chefredakteur Thomas Fricker. Der Erzbischof ist ein Machtfaktor in Freiburg, da braucht es einen breiten Rücken, also schreibt Fricker die Geschichte selbst. Auf der Seite 3 schildert er einen Missbrauchsfall in der Schwarzwaldgemeinde Oberharmersbach. Der ehemalige Gemeindepfarrer Franz B. habe über Jahre mindestens 17 Kinder und Jugendliche, meist Messdiener, schwer missbraucht. Als 1995 Anzeige gegen B. erstattet wurde, beging der Suizid. Im Erzbistum bekannt ist der Fall seit 1991: Ein Mann habe B. des Missbrauchs bezichtigt, aber keine konkreten Angaben machen können. Zollitsch war damals Personalreferent, er versetzte B. in den Ruhestand und verbot ihm den Umgang mit Kindern und Jugendlichen, ohne die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Auf Anfrage der »Badischen Zeitung« begründet Zollitschs Pressestelle dies mit fehlenden Beweisen. Erst 1995 habe sich ein Opfer gemeldet. Nur, fragt Thomas Fricker: »Trifft man solch weitreichende und drastische Vorkehrungen gegenüber einem seit fast einem Vierteljahrhundert in einer Gemeinde amtierenden Pfarrer tatsächlich aufgrund lediglich vager Verdachtsmomente?«

Der Verdacht steht im Raum: Hat ausgerechnet Zollitsch, der eben noch Leutheusser-Schnarrenberger falscher Tatsachenbehauptungen bezichtigte, weil sie den Aufklärungswillen der katholischen Kirche bezweifelte, einen Täter geschützt und stillschweigend versetzt? Ist der Vorsitzende der Bischofskonferenz selbst ein Vertuschter?

Zollitsch reagiert schnell und entscheidet sich für Vorwärtsverteidigung. Für sein Erzbistum verfasst er ein Statement, in dem er Tatkräft demonstrieren will: »Als uns im Jahre 1991 (...) allgemein gehaltene Vorwürfe gegen den Pfarrer bekannt wurden, hat der damalige Erzbischof sofort gehandelt, den Pfarrer in den Ruhestand versetzt und von ihm verlangt, den Ort zu verlassen.« Er gibt nur zu, was bereits bekannt ist. Zugleich etikettiert er die heimliche Versetzung um zur vermeintlichen Präventionsmaßnahme. »Als sich schließlich später ein Zeuge mit konkreteren Anschuldigungen meldete, haben wir den Beschuldigten damit konfrontiert und ihm klar gesagt, dass wir entschlossen sind, die Staatsanwaltschaft einzuschalten.« Was damals noch keiner wissen kann, aber schon bald herauskommt: Hier biegt Zollitsch die Wahrheit zurecht. Denn »später« ist nicht erst 1995, sondern schon 1992: Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die Kirche die staatliche Justiz einschalten können.

Mittwoch, 22. März. Am Abend bringt das ARD-Magazin »Report Mainz« einen ausführlichen Bericht über den Fall Oberharmersbach. Darin berichten zwei Betroffene von schwerem Missbrauch – einer namentlich genannt und mit seinem Gesicht voll im Bild, einer anonymisiert. Der zweite Betroffene berichtet, er wisse von zwei Opfern, die missbraucht worden seien, nachdem Zollitsch den Täter versetzte, ohne die Behörden zu informieren.

Es ist ein harter Vorwurf – zur Primetime im Ersten Deutschen Fernsehen. Dennoch setzen Merkel und die CDU weiter auf Zollitsch. Sie lassen sich täuschen. Weil andere Medien nicht einsteigen? Oder weil sie Zollitsch mehr vertrauen, als man sich heute vorstellen kann?

Mittwoch, 24. März. In Berlin beschließt das Bundeskabinett den großen Runden Tisch. Den Vorsitz sollen die drei Ministerinnen gemeinsam führen. Die frühere Familienministerin Christine Bergmann (SPD) wird Missbrauchsbeauftragte des Bundes.

Fortsetzung auf Seite 4



Im April 2010 treffen Zollitsch und Leutheusser-Schnarrenberger im Justizministerium zusammen



Freiburg 2011: Nach den heiklen Wochen im Vorjahr nimmt Zollitschs Karriere wieder Fahrt auf. Der Papst kommt



Als Benedikt XVI. in Freiburg mit Zollitsch die Messe feiert, ist das Thema Missbrauch fast vergessen



Beim katholischen Jahresempfang in Berlin 2013 ist Merkel wie üblich dabei, hier wird sie von Zollitsch empfangen

# Zollitsch muss seine Macht an drei Orten sichern: Rom, Berlin und Freiburg. In seiner Heimat muckt die Priesterelite auf

Fortsetzung von Seite 3

## Der Aufstand

Palmsonntag, 28. März, eine Woche vor Ostern. Robert Zollitsch muss seine Macht an drei Schauplätzen sichern: in Rom, Berlin und Freiburg. In Rom steht der Papst auf seiner Seite. In Berlin hat er gerade gewonnen. Ausgerechnet zu Hause wendet sich die Stimmung gegen ihn. »In den Wochen um Ostern ist in Freiburg eine schwer kontrollierbare Situation entstanden«, erinnert sich Domdekan Sauer. »Er war der Ansicht, dass er seine Autorität verlore, wenn er eigene Fehler einräumt. Mein damaliger Einwand: Das Gegenteil ist der Fall.« Die Menschen würden Respekt haben vor einem hochgestellten Amtsträger, der in der Lage ist, einzuräumen, dass er in bestimmten Situationen falsch gehandelt habe. »Ich empfand eindringlich, dass er jetzt alle Fakten auf den Tisch legen muss.«

Die Freiburger Priesterelite ist beunruhigt. Am Sonntagabend treffen sich die zehn Mitglieder des Domkapitels in Sauer's Dienstwohnung in der Herrenstraße. Das Gremium hat den Erzbischof 2003 von einer Liste des Papstes gewählt, absetzen kann es ihn nicht, nur beraten. Zollitsch ist nicht Mitglied des Domkapitels, er ist ohnehin krank. Die Männer kennen die Medienberichte über Oberharmersbach. Es kursieren Schreiben, die zeigen, dass Zollitsch schon 1992 mehr gewusst hat. Die Mehrheit des Domkapitels will den Erzbischof auffordern, dass er sich öffentlich erklärt. Der Vorgang ist im Freiburger Aufarbeitungsgutachten nachzulesen und hier durch Teilnehmerangaben ergänzt.

Montag, 29. März. Der Erzbischof ist wieder im Büro, hält Rat mit einigen Mitarbeitern. Ein Vorschlag: Dem »Offenburger Tageblatt«, in dessen Verbreitungsgebiet Oberharmersbach liegt, soll angeboten werden, dass Zollitsch sich dort äußert. Ein Text wird erarbeitet, es könnte eine völlig andere Art des Bedauerns werden als die Entschuldigung, die Zollitsch noch vor einem Monat bei der Vollversammlung verkündet hat: Konkret statt pauschal. Er soll sich nicht nur für Fehler als Personalreferent in den 1990er-Jahren entschuldigen, sondern auch für das Pressestatement am 20. März, das sich »in Teilen nach dem heutigen Kenntnisstand so nicht mehr halten lässt«, wie es heißt. Weil er eben schon Anfang 1992 über den ersten Hinweis hinaus über Taten von Franz B. unterrichtet und um Hilfe gebeten worden sei. Vielleicht hätte er es durch sein

Verhalten versäumt, weitere Verbrechen zu verhindern – sogar das soll er einräumen.

Zollitsch lehnt ab. Wer Schwächen einräumt, wird schwach – das ist seine Haltung. Heute, nachdem bekannt ist, wie er trickste und vertuschte, versuchen Bischöfe, die heute in Verantwortung stehen, den Mann zu enträtseln. Zollitsch, geboren am 9. August 1938 in Filipovo im heutigen Serbien, gehörte mit seiner Familie zur deutschen Minderheit der Donauschwaben. Titos kommunistische Kämpfer kamen, um sie zu vertreiben. Robert war sechs Jahre alt. Später erzählte er in einem Fernsehporträt, wie im Herbst 1944 in seinem Dorf 212 Menschen ermordet wurden, auch sein großer Bruder. Er hörte die Schüsse noch. Bis 1946 wurde er mit Mutter, Großmutter und drei Cousins in einem Lager gefangen gehalten. Er habe jeden Abend gebetet. Meinte er, die Kirche mit allen Mitteln schützen zu müssen, weil sein Glaube ihm Trost gab? Robert fand ein Loch im Zaun. Die Familie ist entkommen.

Im Laufe der Karwoche beschließt das Domkapitel, dem Erzbischof einen Brief zu schreiben. Er soll Transparenz herstellen. Die Kapitularer bitten um einen Termin, zwei von ihnen sollen Zollitsch das Schreiben bringen, der Generalvikar und ein Weihbischof. Als Vorausinformation wird das Schreiben per Fax in die erzbischöfliche Wohnung geschickt. Später berichten die Emissäre den anderen im Domkapitel, wie der Erzbischof sie abwies. Keiner seiner Brüder verlangt den Rücktritt. Nur ein kleines Stückchen Wahrheit fordern sie. Dennoch ist es einer der seltenen Momente, in denen in der Kirche einem Verursacher widersprochen wird. Das Domkapitel muckt, aber Zollitsch zuckt nicht. Die Forderungen weist er zurück. Der kleine Aufstand von Freiburg, er ist so schnell niedergeschlagen, wie er gekommen ist.

## Zollitschs Erfolg

Donnerstag, 15. April. Im Justizministerium in Berlin trifft Zollitsch mit einer Entourage ein, Leutheusser-Schnarrenberger und ihre Leute holen ihn im Foyer ab. Sie absolvieren ein nüchternes Treffen. Später wird eine gemeinsame Pressemitteilung verschickt: Man begrüßt, man erläutert, man ist sich einig. Zollitsch kündigt eine Änderung der internen Leitlinien an, »um deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass Staatsanwaltschaften bei Verdachtsfällen frühzeitig eingebunden werden«. Das kann die Ministerin als Erfolg verbuchen. Und die Aufarbeitung? Ganz unten in der Mitteilung ist von einer »Unterarbeitsgruppe« des Runden Tisches unter Vorsitz des Justizministeriums die Rede. Dort soll neben der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs beraten werden, wie das Leid der Opfer bei verjährten Taten angemessen anerkannt werden kann.

Rom, Berlin, Freiburg: Zollitsch und die Bischöfe, Sekretär Langendörfer, Pressesprecher Kopp und Jüsten, der mit dem Draht ins Kanzleramt – sie haben die Lage in den Griff bekommen.

Freitag, 24. April. Der Runde Tisch unter dem Vorsitz der drei Ministerinnen startet. Unter den 60 Mitgliedern sind Kirchenvertreter, sie diffundieren aber in der Menge vom Familienverband bis zum Sportbund, vom Schüllerrat bis zum Lehrerverband, dazu Ministerinnen, Abgeordnete, Professoren.

Der Betroffene Matthias Katsch vom Canisius-Kolleg ist an diesem Freitag nicht eingeladen, auch kein anderer Betroffener des katholischen Skandals, entgegen dem, was die Kanzlerin vor dem Bundestag gesagt hat. Katsch ist entsetzt. Er gründet mit anderen eine Betroffenen-Organisation, sie heißt Eckiger Tisch und setzt sich bis heute für Aufarbeitung und Entschädigung ein – erst seit vergangem Jahr erhält sie eine Förderung des Bundesinnenministeriums. Nach Kritik, dass deren Perspektive zu kurz komme, werden Betroffene dann im Herbst 2010 doch noch eingeladen.

Zollitsch schickt Bischof Ackermann und Prälat Jüsten an den Runden Tisch, das macht deutlich, dass er auf Augenhöhe mit der Kanzlerin agiert, nicht auf Ministerinnenebene. Nun muss er noch seine eigene Rolle im Missbrauchsskandal abmoderieren. Im Juli 2010 wird das Erzbistum Freiburg zugeben, im Fall Oberharmersbach bereits 1992 – drei Jahre vor der Anzeige und dem Suizid des Täters – über konkrete Vorwürfe gegen Franz B. informiert worden zu sein. Die Mutter zweier Betroffener wandte sich damals schriftlich ans Erzbistum, zeitgleich berichtete ein Betroffener, was Franz B. ihm im Detail angetan hat. Zollitsch bittet um Verzeihung.

Wenig später sagt er der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«, er und das Erzbistum seien den Hinweisen von 1991 nachgegangen. Nach dem Freiburger Gutachten ist heute klar: Dem war nicht so. Die Behauptung Zollitschs, bereits 1991 recherchiert zu haben, »kann nur als weiterer Versuch gewertet werden, ein umfangreiches Tätigwerden vorzutäuschen. Es wurde, soweit erkennbar, weder 1991 noch 1992 in irgendeiner Weise recherchiert.«

Heute weiß man: Der Erzbischof hat als Personalreferent die Staatsanwaltschaft herausgehalten. Genau der Vorwurf, für den er Leutheusser-Schnarrenberger im Februar 2010 attackiert hat, trifft auf ihn selbst zu. Doch im Juli ist Deutschland nach Monaten der Dauerberichterstattung des Missbrauchsthemas müde. Wenn ein Skandal aufbricht, gibt es ein begrenztes Zeitfenster, in dem Politik Druck verspürt, wirklich etwas ändern zu müssen. Das Fenster hat sich geschlossen.

## Danach

Robert Zollitsch ist entwischt – der Intervention der Justizministerin, dem öffentlichen Druck, sei-

Kristina Schröder, CDU, früherer Bundesfamilienministerin



Die Debatte 2010

»In der Sache hatte Leutheusser-Schnarrenberger mit ihrer Kritik am fehlenden Aufklärungswillen der katholischen Kirche damals recht. Heute wissen wir, dass prominente Kirchenvertreter über Jahrzehnte Missbrauchsfälle systematisch vertuscht haben. Einen Punkt ihrer Äußerungen sehe ich aber auch rückblickend kritisch: Leutheusser-Schnarrenberger versuchte 2010, das Missbrauchsthemas auf einen Akteur zu verkürzen. Sexuelle Gewalt ist aber kein exklusiv katholisches Problem. Ich hatte damals den Eindruck, dass Leutheusser-Schnarrenberger das Missbrauchsthemas benutzt, um die Stellung der katholischen Kirche anzugreifen. Das ist aus der Sicht einer FDP-Politikerin, die eher ein laizistisches Modell präferiert, legitim. Doch genauso legitim ist es, aus Sicht der Union dem zu widersprechen.«

## Der Runde Tisch

»Ich erinnere mich, dass ich damals mit Sportfunktionären zusammensaß, die allen Ernstes behaupteten, dass es bei ihnen keine Missbrauchsfälle gäbe. Ihnen und vielen anderen betroffenen Institutionen hätten wir die Absolution erteilt, wenn wir den Runden Tisch zum katholischen Tisch gemacht hätten. Als Problem sehe ich es rückblickend lediglich, dass wir damals den familiären Missbrauch auch noch mit aufgenommen haben. Der ist kategorisch anders gelagert, daher konnten wir ihm in diesem Setting nicht wirklich gerecht werden.«

## Zu Zollitsch

»Ich kann das Verhalten von Erzbischof Zollitsch nicht im Einzelnen bewerten, deshalb maße ich mir nicht an, von einer bewussten Täuschung zu sprechen. Allerdings: Mit dem Wissen von heute lässt sich nicht bestreiten, dass in der katholischen Kirche im Jahr 2010 eine ehrliche Selbstreflexion bestenfalls erst begann.«

despräsident Joachim Gauck verleiht ihm das Bundesverdienstkreuz.

Der Abschlussbericht des Runden Tisches datiert vom 11. Februar 2013. Er hat 263 Seiten, das Kapitel »Die Verantwortung für die Vergangenheit« umfasst genau vier davon. Die katholische Kirche wird im Bericht nicht erwähnt. Die Aufarbeitung, die Angela Merkel im Bundestag versprochen hat, weil die Gesellschaft nur so mit den Verbrechen klarkommen könnte: Am Runden Tisch spielt sie praktisch keine Rolle.

Behandelt wird, ob bestehende Hilfsangebote für Betroffene ausreichen und wie sie schnell Hilfe erhalten könnten. Verabschiedet werden Leitlinien für Prävention und Intervention. Zu den Empfehlungen gehört, dass zivilrechtliche Schadensersatzansprüche nicht schon nach drei, sondern erst nach 30 Jahren verjähren sollen – und so kommt es dann auch. Ansonsten betont der Runde Tisch, dass Schmerzensgeldzahlungen allein den Institutionen obliegen. Die Kirche entscheidet 2011, Betroffenen jeweils bis zu 5000 Euro zu zahlen. Erst Jahre später wird es nach massiver Kritik mehr sein.

In eine neue Phase tritt der Missbrauchsskandal erst 2018 ein, als eine bundesweite Studie von Mannheimer, Heidelberger und Gießener Forschern herauskommt. Sie zeigt das Ausmaß der Verbrechen, beschreibt ihre Struktur, nennt systemische Ursachen. Tatsächlich: In Auftrag gegeben hat die MHG-Studie die Bischofskonferenz 2013 unter Zollitsch. Als sie 2018 erscheint, drängt der neue Vorsitzende, Kardinal Reinhard Marx, auf Veränderungen. Der Missbrauchsbeauftragte des Bundes vereinbart 2020 mit der Kirche ein komplexes System aus Aufarbeitungskommissionen in den Bistümern.

Die Freiburger Aufarbeitungskommission beauftragt ein Ermittlungsteam. Ein ehemaliger Richter, ein ehemaliger Staatsanwalt und zwei pensionierte Kriminalhauptkommissare. Sie sichten Akten und befragen Kleriker, Kirchenmitarbeiter, Beschuldigte und Betroffene. Acht Monate bevor das Freiburger Gutachten erscheint, veröffentlicht Zollitsch ein Video. In fast 10 Minuten erklärt er sich. »Ich habe mit meinem damaligen Verhalten und Handeln, Dokumentieren und Entscheiden gravierende Fehler gemacht und die Gefahren – auch von erneutem Missbrauch – verkannt«, sagt er: Es tue ihm aufrichtig leid. Er bereue von Herzen. Sein Umgang mit den Missbrauchsfällen beschäftige ihn Tag für Tag. Er kommt auf die Versammlung in Freiburg im Februar 2010 zu sprechen. »Es waren dramatische Tage.« Mit aller Wucht habe er erfahren, »wo ich als Person und wo wir als Kirche versagt haben.«

Und dann passiert etwas Erstaunliches. Zollitsch stellt die Versammlung 2010 in Freiburg als Wendepunkt dar. »Deshalb habe ich meine Kräfte als Vorsitzender eingesetzt, um gegenzusteuern und mit vielen Bischöfen – aber auch gegen so manche Bischöfe – Veränderungen herbeizuführen.« Die Wochen Anfang 2010 erscheinen auf einmal als Moment des Umstehens, mit Zollitsch in der Rolle des Aufklärers. Er fügt immerhin noch an, es seien nur erste Schritte gewesen. »Aufklärung und Aufarbeitung waren nicht ausreichend.« Als das Gutachten 2023 erscheint, gibt er seine Orden zurück. Der Vatikan führt ein kirchenrechtliches Verfahren gegen ihn. Mit 85 Jahren lebt er nun in Mannheim.

Donnerstag, 28. September 2023. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz heißt Georg Bätzing, Bischof von Limburg. Gerade hat er die Vollversammlung beendet, es geht immer noch um Missbrauch. In einem engen Raum eines Tagungshauses in Wiesbaden-Naurod gibt Bätzing die Abschlusspressekonferenz. Neben ihm sitzt Matthias Kopp, der Pressesprecher. Wie sieht Bätzing das Agieren seines Vorgängers? Der Bischof wirkt seelenruhig, mehr wie ein väterlicher Therapeut. Die Abwehr als Reaktionsmuster sei verständlich gewesen. »Sie war aber nicht richtig.« Er spricht von einem stolpernden Lernweg der Kirche. Ja, und wenn die Politik die Verantwortung für die Aufarbeitung übernehmen wolle – Stichwort Wahrheitskommission – dann könne sie das doch tun. »Wir sind dabei.«

Aber der Staat will nicht mehr.

## ANZEIGE

**radio horeb**  
Leben mit Gott

**radio horeb hilft – Helfen Sie mit!**

Spendenkonto  
IBAN: DE96 7509 0300 0007 6155 15  
BIC: GENODEF1M05

Jetzt spenden!  
[www.horeb.org/spenden](http://www.horeb.org/spenden)

Digital Satellit Internet App Alexa Kabel [www.horeb.org](http://www.horeb.org)

## Impressum

**Redaktion:**  
Georg Löwisch (Chefredakteur, Vi.S.d.P.)  
Merle Schmalenbach (Stellv. Chefredakteurin)  
Raoul Löbbert (Chefredakteur, Mitglied der Chefredaktion),  
Christina Fleischmann, Andreas Öhler,  
Christina Rietz, Killian Trotier (Koordinator  
ZEIT Sinn – Wofür leben wir?)  
Gestaltung: Lucas Kramer, Rike Weiger  
Bildredaktion: Antje Berghäuser (frei)  
Korrektur: Susanne Häfner (frei)

Christ & Welt wird herausgegeben von der ZEIT:CREDO Verlags GmbH.

**Geschäftsführer:**  
Rainer Esser, Patrik Schwarz

ZEIT:CREDO gehört zur ZEIT-Verlagsgruppe Hamburg, ZEIT:CREDO Verlags GmbH Speersort 1, 20095 Hamburg  
**Telefon:** (040) 32 80 00

**Druck:**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, 64546 Mörfelden-Walldorf

**Anschrift Redaktion:**  
ZEIT:CREDO – Christ & Welt  
Schöneberger Str. 21A, 10963 Berlin  
**Telefon:** (030) 88 71 43 83  
**E-Mail:** [briefe.christundwelt@zeit.de](mailto:briefe.christundwelt@zeit.de)  
**Internet:** [www.zeit.de/christundwelt](http://www.zeit.de/christundwelt)

## Abonnement Deutschland:

Abonnement DIE ZEIT mit Christ & Welt 52 Ausgaben € 369,20; Studentenabonnement DIE ZEIT 52 Ausgaben € 244,40

**Abonnementbestellung** für die Extraausgabe der ZEIT mit Christ & Welt: Leser-Service, 20080 Hamburg  
**Telefon:** (040) 42 23 70 70 oder **E-Mail:** [abo@zeit.de](mailto:abo@zeit.de)

Foto: Markus Nowak/ANSA, Axel Schmidt/ddp, Image Images, Miro Kuzmanovic/ANSA, Getty Images, Oliver Ruethe/Lull